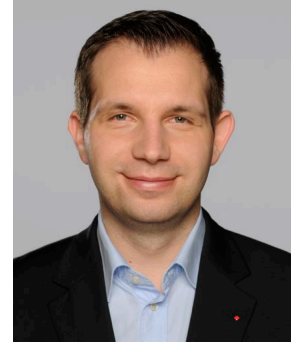


Sicher mit Schreiber

3/2011



Liebe Bürgerinnen und Bürger,

in knapp zwei Wochen wird gewählt. Ereignisreiche und debattenreiche Wochen liegen hinter uns und noch zwei besondere vor uns. Heißer wird der Wahlkampf nicht mehr werden, wie jetzt. Am kommenden Dienstag und Donnerstag tritt Klaus Wowereit im RBB zu Duellen mit Frank Henkel und Renate Künast an. Ich erwarte ein klares Bild, dass unser Regierender Bürgermeister der Beste ist – fähig unsere Stadt weiter in die richtige Richtung zu entwickeln.

Seit mehreren Wochen hängen in den Straßen viele Köpfe und gefühlt an jeder Ecke kämpfen Parteien und Kandidaten um Ihre Stimme. Auch ich bin täglich auf der Straße um für meine Ideen und die der SPD zu werben. Unter dem Motto „Sicher mit Schreiber“ hoffe ich auf Ihre Unterstützung. Einen kleinen Überblick über meine Tätigkeit als Abgeordneter im Parlament und im Wahlkampf möchte ich Ihnen mit dieser Ausgabe geben.

Die einzelnen Themen in diesem Newsletter im Überblick:

- Mit Weitsicht und Transparenz gegen die vorgestellten Flugrouten S. 2
- Bericht aus meiner Sprechstunde: Die Arbeit des Jobcenters S. 2
- Auf Brandstreife in Berlins Nacht S. 3
- Politische Dampferfahrt mit Klaus Wowereit S. 4
- „Demokratie ist keine Einbahnstraße“ – Interview mit dem Müggelheimer Boten S. 4
- Rechte Hasstiraden in Berlin S. 6
- Rede zur Wanderausstellung „Opfer Rechter Gewalt in Ostdeutschland“ S. 7
- Kontakt S. 8
- Sicher mit Schreiber – Eine SMS und Schreiber ruft zurück! S. 9

Ich bin direkt gewählter Abgeordneter aus Treptow-Köpenick für die Ortsteile Wendenschloß, Al-lende, Müggelheim, Kietzer Feld und die Altstadt Köpenick. Im Abgeordnetenhaus, in dem ich Sie seit 2006 vertreten darf, sitze ich in den Ausschüssen für Inneres und Sicherheit, für Verfassungsschutz und für Wissenschaft und Forschung. Zusätzlich bin ich Sprecher für Verfassungsschutz der SPD-Fraktion.

Ich bin Ihr Ansprechpartner für Probleme, die Sie haben, für Fragen, die Sie sich stellen, oder Anregungen, Wünsche und auch Kritik. Dazu halte ich in jedem Monat Bürgersprechstunden ab, deren Termine am Ende dieses Newsletters zu finden sind. Aber auch außerhalb dieser Sprechstunden, bin ich jederzeit für Sie erreichbar. Schreiben Sie mir per Post oder E-Mail oder rufen Sie mich einfach an. Meine Daten finden Sie am Ende des Newsletters.

Jetzt wünsche ich Ihnen viel Freude beim Lesen. In jedem Fall werden Sie hier interessante Punkte finden.



Herzlichst

Ihr Tom Schreiber

Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin



Mit Weitsicht und Transparenz gegen die Flugrouten

Als am 4. Juli nach fast einem Jahr Beratung in der Fluglärmkommission die Deutsche Flugsicherung ihre aktualisierten Vorstellungen über Flugrouten vorstellte, waren viele in Treptow-Köpenick nicht nur überrascht, sondern schockiert über die vollkommen neuen Vorstellungen. Zu der leider erwartbaren Route über Müggelheim und Erkner soll die Verlärmung der Müggelseeregion noch zusätzlich durch den Überflug über den See und Friedrichshagen getoppt werden. Nun gilt es die ganze Kraft auf eine Änderung der Routen im weiteren Verfahren zu erreichen.

Ich plädiere für ein Abkurven der Flugzeuge vor Müggelheim nach Südosten über die Gosener Wiesen. Dieser Vorschlag beruht auf einem Antrag der Stadt Erkner vom Frühjahr. Die Airlines und der Flughafenbetreiber sind durchaus in der Lage, Mehrkosten durch eine längere Routenführung zu tragen. Damit wird der wirtschaftliche Wert nicht eingeschränkt. Überhaupt gilt es, immer wieder zu betonen, dass das Kriterium der Wirtschaftlichkeit bei der Planung der Routen erst nach Sicherheit und Lärmschutz an dritter Stelle kommt. An den Müggelseerouten ist eindeutig ein Missverhältnis festzustellen, welches nun im laufenden Verfahren beseitigt werden muss.

Die SPD Treptow-Köpenick hat sich im Vorfeld und auch jetzt gegen Routen und ein Betriebsregime eingesetzt, welches umfangreiche Belastungen für Anwohnerinnen und Anwohner beinhaltet. Schon im letzten Winter schrieb ich einen Brief an Klaus Wowereit, in dem ich diese Forderung unterstrich. Der Regierende Bürgermeister hat nach eigener Untersuchung und Gesprächen mit der Friedrichshagener Bürgerinitiative gegen Fluglärm die Prüfung von Alternativen angemahnt und Verständnis für die Betroffenen gezeigt. Der Eindruck, er

könne jetzt mit einem Handstreich für ein anderes Verfahren und andere Flugrouten sorgen, ist falsch. Die Karten liegen jetzt beim Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung unter Aufsicht des Bundesverkehrsministeriums. Mit dieser Institution wurde auch vom Kreis- und Fraktionsvorsitzenden in Treptow-Köpenick, Oliver Igel, ein Dialog über Veränderungen der Planungen begonnen.

Neben den Forderungen nach Routenveränderungen trete ich ebenso für ein absolutes Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr, für ein abhängigen Betrieb beider Landebahnen sowie für die Umsetzung von schnellen und unbürokratischen Lärmschutzmaßnahmen für alle Betroffenen ein.

Von Beginn an, hat sich die SPD in Berlin für einen anderen Standort für den Großflughafen eingesetzt. Als die Entscheidung 1996 getroffen wurde, konnten wir uns damit nicht durchsetzen. Nun, zu diesem Zeitpunkt ist es wohl unrealistisch eine Umkehr zu erwarten. Was wir aber tun und fordern können, ist die Belastung für die Menschen und ihre Lebensqualität so gering wie irgend möglich zu halten. Deswegen nahm ich am Sonntag, dem 28. August, an der erfolgreichen Menschenkette um den Müggelsee teil. Gemeinsam mit über 20.000 Bürgerinnen und Bürgern aus Berlin und Brandenburg trat ich entschieden für ein transparentes Verfahren und andere Routen ein.

Konstruktiver Dialog von Klaus Wowereit mit Friedrichshagener BI:

<http://www.berlin.de/landespressestelle/archiv/20110809.1750.354126.html>

Standpunkt der SPD Treptow-Köpenick:
<http://www.oliverigel.de/index.php?nr=6183&menu=1>

Bericht aus meiner Sprechstunde: Die Arbeit des Jobcenters

In meiner Bürgersprechstunde kam eine junge Mutter aus meinem Wahlkreis. Sie brachte Ihre Großmutter und Mutter mit. Was war das Problem? Die junge Frau hat eine Wohnung und das Jobcenter sollte sie beim Wohngeld unterstützen. Leider wurde der Antrag beim

Jobcenter abgelehnt und sie konnte Ihre Miete an den Vermieter nicht überweisen.

Ich teilte ihr mit, dass ich mich an den Geschäftsführer des Jobcenter wende, mit der Bitte, den Antrag nochmals zu prüfen. Gleichzeitig informierte ich die Wohnungsbaugesellschaft,

mit der Bitte, der jungen Mieterin nicht zu kündigen. Sie kamen dieser nach, wofür ich sehr dankbar war.

Das Jobcenter dagegen reagierte etwas langsam und ich schrieb nochmals eine E-Mail, mit dem deutlichen Hinweis, dass ich die übergeordnete Behörde informieren werde und mich dort beschwere, falls eine Antwort ausbleibt. Kurzum, der Geschäftsführer rief mich direkt an und teilte mir mit, dass Sie den Antrag nochmals geprüft haben und sie die finanzielle Unterstützung erhält.

Ich teilte dies der betroffenen Mutter und der Wohnungsbaugesellschaft mit. Einerseits war ich erfreut, aber gleichzeitig etwas verärgert, weil einem klar wird, dass das Jobcenter Dienstleister sein muss und Betroffene nicht das Gefühl haben dürfen, Bittsteller zu sein. Ich weiß aber auch, dass dies nicht immer an den Mitarbeitern im Jobcenter alleine hängt, sondern die Rahmenbedingungen für deren Arbeit auch stimmen müssen.

Leider konterkariert die derzeitige Bundesrepublik durch Kürzungen nach dem Rasenmäherprinzip alle Bemühungen des Jobcenters die Dienstleistungen ordentlich auszuführen und Menschen in Arbeit zu bringen. Burgunde Grosse, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD im Abgeordnetenhaus hat dies diese Woche deutlich angeprangert. Dabei hat sie meine volle Unterstützung:

"Durch die drastische Kürzungspolitik der Bundesebene im Bereich der Arbeitsförderung sind die Berliner Jobcenter dringend aufgefordert, alle verfügbaren Mittel zur Eingliederung von Erwerbslosen auch zu verwenden. Durch Einsparungen der Bundesebene stehen den Berliner Jobcentern 2011 rund 200 Mio. Euro weniger zur Eingliederung von Erwerbslosen zur Verfügung. Umso größer ist die Verantwortung jedes Jobcenters, die Mittel auch auszuschöpfen. Im letzten Jahr haben sie das nicht vollständig geschafft. 81 Mio. Euro des Budgets wurden nicht verwendet. Eine solche Bilanz ist nicht noch einmal hinnehmbar!

Durch die Reform der Jobcenter hat das Land nicht mehr die Möglichkeit, nicht verbrauchte Mittel anderen Jobcentern zur Verfügung zu stellen. Diese Mittel fließen an den Bund zurück. Das kann bedeuten, dass wir im nächsten Haushaltsjahr noch weniger Geld für die Beschäftigungsförderung erhalten.

Wir erwarten von den Jobcentern grundsätzlich stärkere Anstrengungen für eine bessere Qualität. Wir wollen bürgernahe, effiziente und unbürokratische Jobcenter. Deshalb planen wir eine Reform der Jobcenter. Gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit werden wir ein Modellprojekt für Muster-Jobcenter in einigen Bezirken aufstellen. Hier werden die Jobcenter in die Kieze verlagert, verkleinert und kundennäher aufgestellt."

Auf Brandstreife in Berlins Nacht

Seit mehreren Wochen setzt sich in Berlin verschärft der Trend der Brandstiftung fort. Die Bilder sind schockierend! Brennende Autos, Kinderwagen, die in Hausfluren angezündet werden. Täter, die Angst und Schrecken verbreiten. Ich verurteile diese Taten aufs Tiefste und ich setze darauf, dass die Berliner Polizei mit allen möglichen polizeilichen und rechtsstaatlichen Mitteln Brandstifter stellt.

Ich weiß, wie schwer dies ist, denn ich bin in der Nacht von Freitag auf Samstag mit Kollegen der CDU und Grüne und einem Journalisten unterwegs gewesen. Wir haben drei brennende Autos und einen angezündeten Kinderwagen sehen müssen. Wenn man das miterlebt, dann bekommt man Hass auf die Täter und ich verstehe auch die Forderung, nach härteren Strafen. Wichtig ist, dass wir eine Polizei

haben, die mit einer dreistelligen Polizeistärke nachts in Berlin unterwegs ist. Der öffentliche und politische Druck ist groß. Jede und Jeder sollte die Polizei informieren, wenn man etwas Auffälliges entdeckt. Die Polizei braucht die Unterstützung der Bevölkerung.

Mehr Polizei bedeutet nicht automatisch mehr Sicherheit. Die Unterstützung der Bundespolizei ist gut. Wir haben aber 1,3 Millionen PKW's und 5.000 Kilometer Straßenland, welches in einer Nacht geschützt werden sollte. Dies ist unmöglich, auch mit 500, 1.000 oder 10.000 Polizisten mehr. Mit der Weiterverfolgung gezielter Stellungsstrategien und der Mithilfe der Bevölkerung lassen sich Fahndungserfolge erzielen. Darauf kann man weiter aufbauen und schließlich gab es schon Festnahmen. Dabei lässt sich feststellen, dass wir mittlerweile viele

Nachahmer und Versicherungsbetrüger unter den Tätern haben. Die Profile schwanken von Jugendlichen bis hin zum mittleren Alter. In der Öffentlichkeit ist keine Panikmache ge-

holfen. Doch dieses Problem müssen wir schnell lösen. Wir brauchen eine politische Versachlichung und vor allem ein sicheres Berlin!

Politische Dampferfahrt mit Klaus Wowereit

Am 2. August fand zum 6. Mal hintereinander die Politische Dampferfahrt mit Klaus Wowereit statt. Treptow-Köpenick ist nicht einfach nur der wasserreichste Bezirk sondern auch der schönste was Natur und Landschaft betrifft. Das allein ist ein willkommener Anlass im und außerhalb des Wahlkampfes Politik auf etwas andere Art zu vermitteln.

Eingeladen waren die Bürgerinnen und Bürger aus Treptow-Köpenick, die kostenlos mit unseren sechs Abgeordnetenhausmitgliedern, dem Bürgermeisterkandidaten Oliver Igel und natürlich mit Klaus Wowereit ins Gespräch kommen konnten. Nebenbei fuhren wir einige spannende Orte unseres Bezirkes ab, an denen man vom Wasser die Vielfältigkeit und Entwicklung bestaunen konnte. So verlief die Route von der Anlegestelle gegenüber der Baumgarteninsel an der Altstadt und dem frischsanierten Luisenhain die Spree hinab in die Stadt. Besonders bemerkenswert ist dabei sicherlich die Veränderung von Oberschöneweide – wo sich die Industriebrachen der 90er zum großen Teil in erfolgreiche Zentren von Wissenschaft, Forschung und jungen Unternehmen gewandelt haben. Das Land Berlin und der Bezirk haben sich dafür in den letzten Jahren besonders stark gemacht – etwa durch die Ansiedlung der Hochschule für Technik und Wirtschaft oder infrastrukturelle Maßnahmen wie der Bau der Fußgängerbrücke Am Kaisersteg. Der Treptower Park war dann der finale Punkt, bevor es die gleiche Strecke wieder zurückging.

An thematischer Vielfalt mangelte es ebenso wenig. Gemeinsam mit Klaus Wowereit machten wir alle in unseren Gesprächen deutlich, warum ein starkes Berlin eine starke SPD mit ihm als Regierenden Bürgermeister braucht. Wir setzen uns für angemessene Mieten ohne ständige und drastische Erhöhungen ein. Wir sind die Partei für Bildung und Chancengerechtigkeit und wollen die neue Schulstruktur weiter mit vielen Maßnahmen von Sozialpädagogen bis zu den Gebäuden unterstützen. Wir stehen für nachhaltige Stadtpolitik, in der Umwelt und Naturschutz mit verantwortungsbewusstem Ausbau von ÖPNV, wichtigen Straßen und Radwegen in Einklang gebracht werden. Diese und viele weitere Themen waren Bestandteil der Gespräche während der Fahrt. Im Mittelpunkt standen natürlich der neue Flughafen Willy-Brandt und die dazugehörigen Flugrouten. Klaus Wowereit war sich auch hier nicht zu schade im direkten Dialog mit den anwesenden Mitgliedern der Friedrichshagener Bürgerinitiative gegen Fluglärm die Chancen für eine Routenveränderung auszuloten. Gemeinsam mit Oliver Igel konnte er die oben beschriebene Position der SPD deutlich machen.

Das Internetportal Kiezkompakt hat die Dampferfahrt begleitet und mit Oliver Igel und Klaus Wowereit Interviews geführt, die ich Allen ans Herz legen möchte.

http://www.youtube.com/watch?v=iWapu1vZCU&feature=player_embedded

„Demokratie ist keine Einbahnstraße“ – Interview mit dem

Müggelheimer Boten

Für die Septemбераusgabe führte ich ein Interview mit dem Müggelheimer Boten über meine Ideen für Müggelheim und was wir gemeinsam gegen die vorgeschlagenen Flugrouten tun können.

1. Müggelheim wird von vielen Politikern nicht als zu Berlin gehörend wahrgenommen. Wie wollen Sie das ändern?

Ich teile diese Einschätzung nicht ganz. Gerade der Südosten von Berlin und der Ortsteil Müg-

gelheim, sind beliebt als Naherholungsgebiet. Seit 2006 bin ich für Müggelheim Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses und dort als Sprachrohr der Müggelheimer. Durch einen konstruktiven Dialog konnten wir schon eine ganze Menge erreichen. Schließlich steht auch Müggelheim bei der Flugroutendebatte auf Landesebene ebenso im Fokus.

2. Kennen Sie sich aus in Müggelheim? Wo sehen Sie hier die Schwerpunkte Ihrer Arbeit?

Wir brauchen eine weitere Stärkung der ehrenamtlichen Arbeit. Der Heimatverein, der Umweltkreis oder beispielsweise die Sportvereine und die Freiwillige Feuerwehr leisten einen wichtigen Beitrag für ein Miteinander. Dieses „Netzwerk“ muss gestärkt werden. Die Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV) darf nicht ausgedünnt werden.

Besondere Schwerpunkte momentan sind natürlich: Alle Betroffenen müssen einen passiven Lärmschutz ohne Behördenwillkür erhalten, die Alternative Flugroute „Gosener Wiesen“ muss kommen, dass Müggelturmareal muss mit ehrlichen Partnern entwickelt werden und wir brauchen eine sichere medizinische Versorgung gerade in den Randlagen.

3. Viele Senioren vermissen altersgerechten Wohnraum in Müggelheim. Hätten Sie Ideen für einen passenden Standort und könnten bei der Suche nach entsprechenden Investoren helfen?

Es ist mir wichtig, dass Menschen in ihrer gewohnten Umgebung alt werden können. Das können Wohnungen oder größere Wohneinheiten sein. Deshalb versuche ich die Mehrheiten dafür zu organisieren, damit wir so etwas in Treptow-Köpenick und im Ortsteil Müggelheim ansiedeln können. Entscheidend ist auch, dass wir Investoren finden und bezahlbare Mieten haben, sowie eine medizinische Grundversorgung direkt vor Ort.

4. Welche großen Projekte sind Ihrer Ansicht nach in Treptow-Köpenick vorrangig zu behandeln? Ich denke dabei an Projekte von überregionaler Bedeutung, z.B. A100, Wissenschaftsstandort Adlershof, etc.

Treptow-Köpenick zeichnet sich durch eine positive soziale Lebenswelt aus, auch, wenn es in einzelnen Ortsteilen Probleme gibt. Unsere

große Aufgabe die nächsten Jahre wird es sein, diese Ortsteile, etwa das Kosmosviertel in Altglienicke oder das Kietzer Feld, im Einklang mit sozial besser gestellten Kiezen kontinuierlich zu entwickeln. Die SPD ist Garant dafür, dass die richtigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen gesetzt werden.

Dazu zählen die A100 oder auch die Vollendung der Süd-Ost-Tangente, aber auch die Stärkung der Wissenschaft in Adlershof und Oberschöneweide.

Das soll in Zusammenarbeit mit den Bürgerinnen und Bürgern geschehen. „Gemeinsam gestalten“ ist unser Slogan.

5. Die Müggelseeregion spielt als Naherholungsgebiet eine ähnlich große Rolle wie die Wannsee-Havel-Region auf der anderen Seite der Stadt. Wie kann diese Idylle mit seinen vielen Naturschutzgebieten als Naherholungsgebiet, Trinkwasserareal und „Klimaanlage“ des Molochs Berlin gewahrt bleiben?

Natürlich hängt dies besonders an der letztendlichen Entscheidung zu den Flugrouten. Unsere Region wird leider nicht unverschont bleiben können – allein die Belastung durch die Anflüge wiegt viel. Jedoch müssen die Belastungen gerecht verteilt werden und vor allem benötigt es sichere Lärmschutzmaßnahmen und Kontrollmöglichkeiten. Ich bin gegen eine Ost-West-Diskussion oder ein Ausspielen von Regionen bei dem Thema der Flugrouten, in Berlin. Wir sind eine Stadt und ein Berlin!

In Gesprächen mit Frau Senatorin Junge-Reyer gelang es eine Mobile Fluglärmmessstelle für den Bezirk nach Müggelheim zu holen. Wir werden Bewährtes mit Neuem verbinden.

Wir haben viele Stärken, wie unsere wunderschöne Seen- und Naturlandschaft. Auch das gute Klima des Miteinanders in Müggelheim macht unseren Ortsteil nicht nur sympathisch sondern ebenso anziehend. Unsere Naherholungsmöglichkeiten müssen im Einklang mit der Natur, weiter ausgebaut und weitere ehemalige Ausflugslokale reaktiviert werden. Dazu gehört im Besonderen der Müggelturm, welcher wieder ein Anziehungsmagnet werden muss! Dafür braucht es ehrliche, kreative und vor allem zuverlässige Investoren. Damit hatten wir in den letzten Jahren nicht viel Glück, aber ich bin zuversichtlich und möchte mich weiter für eine ansprechende Reaktivierung

einsetzen. Ich möchte dabei konkret Mithelfen.

6. Müggelheim gehört mit zu den am stärksten vom Flughafen BER betroffenen Gebieten innerhalb der Stadt. Wie setzen Sie sich persönlich dafür ein, den Menschen trotzdem Erleichterung zu verschaffen in Bezug auf weniger Lärm bzw. entsprechende Lärmschutzmaßnahmen? Können Sie ihnen noch Hoffnung machen?

Die SPD Treptow-Köpenick, setzt sich dafür ein, dass es ein Nachtflugverbot von 22.00 bis 6.00 Uhr gibt. Passiver Lärmschutz muss jedem Betroffenen unbürokratisch ermöglicht werden. Wir werden weiterhin Anwalt der Betroffenen sein. Wir setzen uns mit dem Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit bei der Deutschen Flugsicherung, dem Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung sowie beim Bundesverkehrsministerium für die alternative Flugroute ein.

7. Was halten Sie von dem Nachnutzungskonzept des BVBB für Schönefeld, zu Gunsten eines internationalen Drehkreuzes mit Tag-Nacht-Betrieb in Sperenberg? Wäre es aus Ihrer Sicht umsetzbar und hätte es einen wirtschaftlichen Reiz?

Es ist ein Konzept ohne realistische Chance. Die Chance, Sperenberg zum Passagierflughafen zu machen, wurde vor mindestens einem Jahrzehnt vertan, vom damaligen Regierenden Bürgermeister Diepgen (CDU) ebenso wie von Bundesverkehrsminister Wissmann (CDU). Siegfried Scheffler hatte 1994 als damaliger SPD-Bundestagsabgeordneter für Sperenberg

massiv gekämpft. Wir waren damals als SPD im Berliner Abgeordnetenhaus für Sperenberg. Heute ist es müßig, noch darüber zu diskutieren. Der Willy-Brandt-Flughafen in Schönefeld kommt, jetzt geht es darum mit Augenmaß und ruhiger Hand die Bürgerinteressen aus Treptow-Köpenick durchzusetzen. Dabei sind wir der Vorreiter im Bezirk und Sprachrohr auf Landesebene, denn Ungerechtigkeiten dürfen in Berlin auch bei diesem Thema nicht existieren.

8. Viele Wähler sind enttäuscht von den Politikern. Zu häufig wird das Wohlergehen des Menschen wirtschaftlichen Interessen untergeordnet. Wie wollen Sie den Wählern wieder Vertrauen in die Politik zurückgeben und sie dazu bringen am Wahltag auch ihre Kreuzchen zu machen?

Es gibt für mich zwei wesentliche Punkte in der Politik: Glaubwürdigkeit und Authentizität. Ich muss zu meinen Entscheidungen stehen können und vor allem im Vorfeld mit den Betroffenen sprechen. Demokratie lebt vom Mitmachen. Eine engagierte Bürgerschaft ist keine Last, sondern ein großes Glück. Durch die Volksentscheide gibt es innerhalb der Legislaturperiode Möglichkeiten, direkte Demokratie zu vollziehen. Das hat Rot-Rot eingeführt und es war richtig. Ich habe großen Respekt beispielsweise für die Entscheidung zum Wasser und der Offenlegung von Verträgen. Demokratie ist keine Einbahnstraße. Gehen Sie Wählen. Nutzen Sie Ihr Wahlrecht. Die Politiker sind die Angestellten des Souveräns und nicht umgekehrt.

Rechte Hasstiraden in Berlin

Nicht nur gerade im Wahlkampf erleben wir Hasstiraden von Nazis und Rechtspopulisten auf Plakaten in Werbespots und Hauswurfsendungen. Dies ist nicht nur unerträglich sondern zeigt auch deren Menschenbild, das auf Verachtung und Niederträchtigkeit aufbaut. Die Plakate der NPD sind dafür nur ein Beispiel. Wir Demokratinnen und Demokraten können das nicht hinnehmen, müssen weiter aufklären, dem verbal und über Aktionen entgegenwirken und vor allem Wählen gehen!

Auch wenn Satiriker darauf reagieren, muss

man diesem Problem mit vollem Ernst entgegen sehen. Auf SPIEGEL nannte ich „das NPD-Motiv eine ‚perverse Anspielung auf das, was in der Vergangenheit passiert ist‘. Mit der bewussten Anspielung auf die Gaskammern lasse die NPD ‚die Maske fallen.‘ Zudem warf Schreiber der NPD vor, Wahlplakate der SPD und anderer demokratischer Parteien durch eigene ersetzt zu haben. In der Stadt seien mehr als 100 Plakate heruntergerissen worden. Jetzt hingen dort die der NPD. In Treptow-Köpenick seien NPD-Anhänger dabei beobachtet wor-

den, erklärte Schreiber. Es sei Strafanzeige erstattet worden“:

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,781410,00.html>

In diesem Zusammenhang habe ich auch einen neuen Anlauf für ein NPD-Verbotsverfahren gefordert:

<http://www.bz-berlin.de/bezirk/zehlendorf/hetze-vor-haus-der-wannsee-konferenz-article1249878.html>

Ein sehr trauriges Beispiel, wie das Gebaren

von Nazis auf Teile unserer Gesellschaft Einfluss hat, erlebte ich am 2. August vor unserer Dampferfahrt in Köpenick. Auf dem Weg dorthin kam mir ein gepeinigter und verwirrter junger Mensch entgegen, bei dem zuvor Nazis aus dem Auto heraussprangen und ihn attackierten. Ich rief die Polizei und konnte dem jungen Mann leider erst im Nachgang helfen. Wichtig ist, dass solche Taten nicht im Dunkeln bleiben und nicht verschwiegen werden. Ich will eine offene und tolerante Gesellschaft!

<http://www.tagesspiegel.de/berlin/polizei-justiz/fremdenfeindliche-attacke-auf-20-jaehrigen/4459720.html>

Rede zur Wanderausstellung „Opfer Rechter Gewalt in Ostdeutschland“

Am 16. Juni wurde die Wanderausstellung „Opfer Rechter Gewalt seit 1990 in Ostdeutschland“ eröffnet. Zum Umgang der Politik mit den Opfern hielt ich zu diesem Anlass eine Rede, die nachfolgend in Auszügen dokumentiert ist:

„Die Ausstellung dokumentiert das Bild, das sich die Gesellschaft von den Opfern rechter Gewalt gemacht hat. Manche Fälle führten zu öffentlicher Empörung oder waren Anlässe politischer Kontroversen; von vielen der Toten jedoch wurde nie ein Foto veröffentlicht, von manchen noch nicht einmal ihre Namen. Seit 1990 beklagen wir mehr und ich sage bewusst mehr als 157 Opfer rechter Gewalt. Das Bundesinnenministerium erkennt nur „47“ Menschen an, die seit 1990 durch rechts-motivierte Gewalttaten ums Leben gekommen sind.

Mir sind die Bilder als Jugendlicher noch sehr bewusst, die Schlagzeilen machten: der Brandanschlag auf die Häuser zweier türkischer Familien in Mölln im November 1992, bei dem drei Menschen getötet wurden; der Mordanschlag von Solingen im Mai 1993, dem fünf Menschen zum Opfer fielen; die Pogrome von Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen 1991 und 1992. In unserem Alltag spielen diese Übergriffe kaum eine wesentliche Rolle.

Es ist zu begrüßen, wenn es eine neue Systematik gibt, um diese Thematik aus der Anonymität zu holen. Ich möchte versuchen, die Sichtweise einer betroffenen Familie deutlich zu machen, deren Familienvater und Ehemann ums Leben kam. Wir sprechen öfters über die

Opfer, aber noch viel weniger über die Hinterbliebenen, wie die Kinder, Lebenspartner, Großeltern oder deren Freundeskreis.

Vor elf Jahren erschlugen drei Neonazis den Afrikaner Alberto Adriano. Für die Familie war diese Nacht eine grundsätzliche Zäsur. Diese Nacht zerstörte eine Familie und deren Zukunft. Der damalige achtjährige Belarmino Adriano wurde seinerzeit von der Mutter gefragt, ob die Maschinen die seinen meinen Vater am Leben hielten, abgestellt werden sollten? Er bejahte dies.

Am 14. Juni 2000 stirbt Alberto Adriano im Alter von 39 Jahren nach drei Tagen im Koma an den Kopfverletzungen, die ihm drei rechtsextremistische Skinheads im Stadtpark von Dessau zugefügt hatten. Belarmino wollte einfach Kind sein und seine Kindheit erleben. Dies war nicht mehr möglich, weil er und seine Mutter überall erkannt wurden. Der Mord an Alberto Adriano löst eine Welle der öffentlichen und medialen Empörung aus. Er, Belarmino kapselte sich immer mehr ab. Er fand im Alter von 14 Jahren ein Ventil für sein Unglück, seinen Frust, seine Trauer. Da entdeckte er "seine Jungs" – gleichaltrige und etwas ältere Jugendliche türkischer, kurdischer und afrodeutscher Herkunft. Am Wochenende zogen sie nachts durch Dessau-Süd und verprügelten Nazis und solche, die es noch werden könnten oder die sie dafür hielten. So wurde das Opfer Belarmino zum Täter.

Die Täter, die den Tod von Belarminos Vater zu verantworten hatten, zeigten keinerlei Reue

vor der Urteilsverkündung. Im Gegenteil, der Haupttäter Enrico H., vernetzte sich intensiv im Gefängnis mit rechtsextremistischen Insassen. Als 16-Jähriger verließ Belarmino das Haus nur noch nachts, die Schule hatte er längst geschmissen, im Oktober 2008 wurde er erneut verhaftet. Das Urteil für ihn: Zwei Jahre und zehn Monate Jugendstrafe und Unterbringung im Maßregelvollzug zum Drogenentzug, wegen mehrfacher gefährlicher Körperverletzung und Raub. Er kam in die Jugendvollzugsanstalt im sachsen-anhaltinischen Raßnitz – dahin, wo auch jugendliche und heranwachsende Nazischläger, wie die beiden jüngeren Mörder seines Vaters, untergebracht waren.

Ich glaube, dieser tragische Fall zeigt sehr deutlich, dass die Opfer und besonders deren Hinterbliebenen, die Hilfe des Staates benötigen, damit es erst gar nicht zu solchen Entwicklungen kommt.

Die Aufarbeitung der Ereignisse für das persönliche Umfeld und den Betroffenen durch eine professionelle Unterstützung ist wichtig, damit es nicht am Ende zu posttraumatischen Belastungsstörungen kommt. Gerade die persönlichen Netzwerke haben eine helfende Funktion. Sie tragen zu einer schnelleren Genesung bei.

Wie aber soll eine Gesellschaft, die sich selbst ständig zu Zivilcourage aufruft, die Gefahr des Rechtsextremismus im vollen Ausmaß begreifen und wahrnehmen können?

Eine klare Forderung ist, dass besonders die Staatsanwaltschaft dem Beispiel der Berliner Polizei folgt. Wie beim Thema Homophobie, intensive Schulung, Weiterbildung, auch zum Thema Rechtsextremismus und Opfer rechter Gewalt durchführt. Reach Out oder die Mobile Opferberatung und viele andere leisten seit Jahren in diesem Bereich eine elementar wichtige Arbeit. Sie bieten das Netzwerk, welches oftmals von der staatlichen Seite einfach fehlt.

Was müssen wir tun?

- Eine institutionelle Förderung der Arbeit für Demokratieentwicklung und die Errichtung einer Stiftung gegen Rechtsextremismus auf Bundesebene
- Bundesweit spezialisierte Beratungsstellen für die Opfer rechter Gewalt
- bundesweiten Transfer der bisher entwickelten Qualitätsstandards der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Gewalt – länderübergreifend.

Es gibt viele Tote, die niemals Schlagzeilen machten und von deren Schicksal keine Statistik zeugt. Die Ausstellung erinnert an diese Menschen und thematisiert zugleich die anhaltende Verdrängung rechter Gewalt in der deutschen Gesellschaft.“

<http://www.opfer-rechter-gewalt.de/>

Kontakt

Bürgersprechstunden halte ich abwechselnd im **Dorfklub Müggelheim** (Alt-Müggelheim 21) und im **Ratskeller Köpenick** (Alt-Köpenick 21) ab. Zusätzlich bin ich an mehreren Standorten im Wahlkreis mit Infoständen vor Ort. Bitte informieren Sie sich unter tom-schreiber.eu.

Gerne kontaktieren Sie mich auch per E-Mail an
per Telefon unter
per Post an:

tom.schreiber@spd.parlament-berlin.de,
030 / 232 522 81 oder 0177 / 711 36 24,
Tom Schreiber, MdB
Preußischer Landtag
Niederkirchnerstraße 5
10111 Berlin

Oder schauen Sie auf meiner Homepage vorbei, wo weitere Informationen zu finden sind:
<http://www.tom-schreiber.eu/>

Ich freue mich über Anregungen und Kritik zu diesem Newsletter oder zu meiner Arbeit. Wenn Sie den Newsletter nicht mehr erhalten möchten, bitte ich Sie um eine kurze Nachricht an die oben genannte E-Mail-Adresse.

Sicher mit Schreiber – Einfach eine SMS und Schreiber ruft zurück

Sicherheit gilt für mich nicht nur für die Straßen und dem Kampf gegen Extremismus und Kriminalität. Ein sicheres Leben kann auch nur mit guter Bildung, ausreichendem Mieterschutz, einer umfassenden ärztlichen Versorgung, flexibel nutzbaren Verkehrswegen und einem Teilhabe sicherndem Sozialwesen ent- und bestehen. Dafür möchte ich weitere fünf

Jahre die Ortsteile Allende, Kietzer Feld, Wendenschloß, Altstadt und Müggelheim im Berliner Abgeordnetenhaus sicher vertreten. Dazu benötigt es engen Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern – oft bin ich daher in meinem Wahlkreis unterwegs. Sollte man mich nicht antreffen, erreichen Sie mich per Post, E-Mail, Facebook und eben per SMS und Telefon.

Liebe Köpenickerinnen und Köpenicker,

seit 2006 vertrete ich Sie im Berliner Abgeordnetenhaus. Vieles haben wir gemeinsam erreicht: Wir haben die sichersten Ortsteile Berlins, die Altstadt ist ein Touristenmagnet.

Lassen Sie uns gemeinsam daran anknüpfen.

Der Mieterschutz, die ärztliche Versorgung in Randlagen der Stadt, der Nahverkehr und der Fluglärmschutz – das alles muss durch unbürokratische Maßnahmen verbessert werden.

Welche konkreten Erwartungen haben Sie an mich? Ich möchte mit Ihnen ins Gespräch kommen - Einfach eine SMS und Schreiber ruft zurück: 0177 - 711 36 24.

Herzlichst
Ihr



Tom Schreiber



Am 18. September Sicher wählen!

Am 18. September Tom Schreiber und SPD wählen.

+++ 0177 - 711 36 24 +++ tom.schreiber@spd.parlament-berlin.de +++
+++ www.tom-schreiber.eu +++ facebook: „Tom Schreiber, MdA“ +++



Tom Schreiber

**Mitglied des Abgeordnetenhaus
es von Berlin**

c/o SPD Treptow-Köpenick

Grünauer Str. 8

12557 Berlin



Herausgeber: SPD Treptow-Köpenick, Tom Schreiber, Grünauer Str. 8, 12557 Berlin